



Der Kolonist

Erscheint 3 mal wöchentlich, jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag.
 Adresse: Екатериноградъ, Самарск. губ., редакция газеты
 «ДЕРЬ КОЛОНИСТЪ.»

Bezugspreis mit Zustellung aufs Jahr 6 Rbl., 6 Monate 3 Rbl.,
 3 Mon. 1 Rbl. 50 Kop. Ins Ausland jährlich 8 Rbl. Anzeigen nach
 Abereinfauf. Bis zum Schluß des Jahres 4 Rbl. Einzelnummer 5 Kop.
 Adressenveränderung 30 Kop.

Nr. 9.

Katharinenstadt, Freitag, den 19. Mai 1917.

1. Jahrgang.

Die Trennung der Kirche vom Staate.

Wird die Kirche bei ihrer Trennung vom Staate gewinnen oder verlieren? Diese Frage wird so mancher aufwerfen. Auch für uns Sozialisten ist diese Frage von Interesse, da ja die Trennung der Kirche vom Staate einer der Hauptpunkte unseres Programmes ist. Es ist wohl eine bekannte Tatsache, daß die Kirche, die ihr vom Staate verliehene Gewalt nicht immer zum allgemeinen Wohle anwendet und dieselbe oft zum eigenen Frommen und zum Nachteil der Gesamtheit mißbraucht hat. Die staatliche Kirche hat sich stets auf Kosten der Gesamtbevölkerung bereichert und kolossale Reichtümer an Gütern und Geld angehäuft. Allein dies alles kommt hier nicht in Betracht, da hier nicht die Rede von der Bedeutung der Kirche überhaupt, noch von der Beziehung der Kirche zur Gesellschaft ist. Hier ist es um die Kirche selbst zu tun, insofern sie den Interessen der Gesamtheit keinen Schaden zufügt. Die Kirche als Privateinrichtung ist für manche eine recht wohlthuende Anstalt und für manche andere sogar eine Lebensfrage, für die sie keine Opfer scheuen. Die Sozialisten, die Recht und Gerechtigkeit verteidigen, bestehen darauf, daß den Neuten kein einziges Recht genommen werde, auch nicht das Recht, auf ihre Weise selig zu werden, nur dürfen sie dieses ihnen zuerkannte Recht nicht als Zwangspflicht für Andersdenkende auffassen. Dieses Recht ist es aber gerade, was die Trennung der Kirche vom Staate erheischt. Wo die Kirche vom Staate nicht getrennt wird, muß es notwendigerweise eine herrschende Staatskirche geben, die stets bestrebt ist, sich Vorrechte vor allen anderen Kirchen auszubedingen, auf Kosten anderer Kirchen zu gedeihen. In einem Staate, wo so viele Konfessionen existieren, wo es so viele Abzweigungen der christlichen Lehren gibt, ist es im Interesse der Kirchen selbst gelegen, daß keine von ihnen die Obergewalt erlange. Dies jedoch kann nur bei Trennung der Kirche vom Staate statthaben. Die grausamen Verfolgungen, denen sämtliche Kirchen Rußlands seitens der staatlich bevorzugten rechtgläubigen Kirche während des Terror-Systems der Selbstherrschafft ausgesetzt waren, leben noch allen im Gedächtnisse und erfüllen die Seele eines jeden Gläubigen mit Grausen. Allein die Unterdrückung der nicht-staatlichen Kirchen und die feindlichen Beziehungen zu ihnen, die bei uns vor der Revolution so kraß zu Tage traten, kommen

auch im demokratischen England zur Geltung. Die schottische Kirche ist durch die vom Staate begonnene englische Staatskirche in ihren Rechten bedeutend geschmälert worden. Und dieselbe Erscheinung wiederholt sich überall, wo es noch eine staatliche oder herrschende Kirche gibt. Also „Trennung der Kirche vom Staat“ muß nicht nur die Lösung der Sozialisten sein, sondern soll auch von allen ehrlichen und aufrichtigen Kirchenfreunden aufgenommen und ihre Verwirklichung tatkräftig angestrebt werden.

Freiheit und Organisation.

Wann je ist ein Begriff in so tausendfältigen Formen variiert und ausgelegt worden, wie jener der Freiheit in den Tagen der russischen Revolution?

Neben einer treffenden und verständnisvollen Auffassung von der Freiheit begegnen uns auch schiefe und verschrobene Anschauungen darüber, und es muß Aufgabe eines jeden sozialistischen Volks- und Aufklärungsfreundes sein, alle verfehlten Freiheitsideen zu bekämpfen und einer richtigen Erkenntnis der wahren Freiheit den Weg zu bahnen.

Freiheit ist nicht Schrankenlosigkeit und Herrschaft des persönlichen Willens. Zur Freiheit müssen die meisten Menschen erst erzogen werden und viele können, nach dem Wort eines großen Philosophen, nur mit Gewalt zur Freiheit geführt werden. Freiheit ist nicht, gefesselt auf Kosten anderer ein angenehmes Leben zu führen, sondern Freiheit ist, die Früchte seiner Arbeit selbst zu genießen. Dort, wo der Egoismus herrscht, ist niemals Freiheit. Die wahre Freiheit setzt den lautesten Altruismus voraus „Einer für alle“. Wie und wo aber kann man das Volk zur Freiheit erziehen, wie und wo kann „Einer für alle“ eintreten und arbeiten? Niemals in der Trennung, sondern einzig und allein in der Organisation. Die Organisation erreicht vieles, erreicht Rechte und Freiheiten, die für den Einzelnen stets utopistische Träume bleiben würden. Es ist in der Tat der erstaunliche Fall eingetreten, daß dem russischen Volke und mit ihm den Wolgadentschen durch den Sturz der Selbstherrschafft unbegrenzte Entwicklungsmöglichkeiten gegeben wurden, fast ohne oder jedenfalls nur mit geringer Einwirkung von Volksorganisationen. In anderen europäischen Staaten, wo die straff-

sten, energischsten und mächtigsten Organisationen bestehen, ist man noch weit von jener politischen Entwicklungsstufe entfernt, die Rußland jetzt erreicht hat. Jetzt ist es unsere strenge Aufgabe, die durch Schicksalsgunst erhaltenen Freiheiten und Möglichkeiten auszubehüten und zu erweitern! Wäre es nicht fürchterlich, wenn wir das Glück der nationalen Freiheit und Selbstbestimmung, das uns nahezu in den Schoß gefallen ist, das sich andere Völker Europas nur Schritt für Schritt in geschlossenem Kampfe erobern müssen, wäre es nicht grausam, wenn wir dieses Geschenk des Schicksals durch Laueheit und Interesselosigkeit wieder verlieren würden? Es ist demnach unsere soziale und nationale Pflicht, uns zu organisieren. Wir fordern daher alle Sozialisten und Freunde des Sozialismus und der Freiheit, jeden, dem die Sache unseres nationalen und freiheitlichen Fortschrittes am Herzen liegt, auf sich zu der in Saratow stattfindenden sozialistischen Tagung einzufinden.

Wer in der Versammlung das Wort ergreifen will, wird gebeten, über das Thema vorher an den „Kolonisten“ zu schreiben, damit eine Einteilung getroffen werden kann.

Zur Tagesfrage.

Schon in ihrer ersten öffentlichen Kundgebung wies die gegenwärtige Regierung auf die Einberufung der konstituierenden Volksversammlung hin und erklärte sich folgerichtig nur als zeitweilige höchste Regierungsinstitution. Auf allen Volksversammlungen, in der Tagespresse, in Begrüßungstelegrammen — überall hört man die gleiche Forderung und gewiß wohl hat sich schon mancher die Frage über den Zweck derselben vorgelegt und für viele ist gewiß diese Frage ungelöst geblieben, was ja auch ganz begreiflich ist, wenn wir bedenken, daß in Rußland schon seit Jahrhunderten keine derartigen Versammlungen stattgefunden.

Augenblicklich hat Rußland keinen Monarchen, der im Gnadenwege dem Volke einige politische „Wohlthaten“ erweisen könnte. Das Volk hat den morschen Thron umgestoßen und die Gewalt in seine Hand genommen; es will selbst über sein weiteres Schicksal entscheiden, nicht mehr von Gottes —, sondern — Volkes Gnaden regiert sein. An der Spitze der Reichsverwaltung steht die aus den edelsten Männern gebildete zeitweilige

Regierung, welche das Vertrauen des freien Volkes vor die schwerige und verantwortliche Aufgabe gestellt: die entsehten, leicht überschätzenden Elemente in ruhigeren Bahnen zu lenken und der konstituierenden Volksversammlung zu ermöglichen, da nur von derselben eine mögliche Beratung und Organisations zu erwarten ist. Wenn wir nun einmütig in Betracht ziehen, daß es gerade unserer Zeit vorbehalten ist, an dieser seltenen Versammlung teilzunehmen und andererseits erwägen, welche hochwichtige, weitreichende Beschlüsse dieselbe fassen kann und muß, so liegt doch auf der Hand, daß die Vertreter des Volkes für diesen Fall mit allen möglichen Waffen gerüstet sein müssen, um dem Vaterlande, der engeren Heimat die Segnungen einer freien, auf Selbstverwaltung ruhenden Existenz zu sichern.

Der Gang der letzten Ereignisse zeigt uns zur Gewißheit, wie gefährdet die kaum erlangte Freiheit und die weitere Wohlfahrt des Staates ist; die Logik der Tatsachen zwingt allen, die nicht absichtlich die Augen schließen, die Notwendigkeit einer möglichst baldigen Einberufung der konstit. Volksversammlung auf und stellt uns alsdann sofort vor die Hauptfrage: „Wird Rußland eine konstitutionelle Monarchie oder eine demokratische Republik bilden?“ Im ersten Falle handelt es sich dann nur um Erweiterung der Volkssouveränität und Beschränkung der absoluten Macht des Monarchen, im letzteren — um den vollständigen Übergang der Gewalt in die Hände des Volkes. Faktisch sind wir jetzt schon Republikaner, wenn auch noch ohne einen Präsidenten und wenn die bestehende Staatsregierung Ruhe und Ordnung einführt, was dem alten Regime durchaus nicht gelingen wollte, wenn sie den äußeren Feind vertreibt, was die gestürzte Despotie auf keinen Fall zu Wege gebracht hätte, so treten die Vorteile des republikanischen Systems so klar zu Tage, daß von einer andern Wahl wohl schwerlich die Rede sein dürfte. Jedoch so erschöpfend auch die Stimmung des Volkes in dieser Beziehung sich schon geäußert, die endgültige Entscheidung kann nur durch die Volksvertreter in der konstit. Versammlung getroffen werden, und bis dahin muß diese Frage offen bleiben.

Außerdem muß diese Versammlung die Grundzüge der künftigen Regierungsform ausarbeiten, viele alte Gesetze abstellen, abändern oder durch andere, den Anforderungen eines freien Volkes entsprechende neue ersetzen, viele Reichsinstitutionen auflösen oder auf neuen Grundlagen aufbauen.

Wenn wir in diese lange nicht vollständige Serie noch die Landfrage einschalten, so bekommt man eine gewisse Vorstellung von der bevorstehenden Arbeit der konstit. Volksversammlung und man stimmt uns gewiß darin bei, daß die Interessen der mannigfaltigen Nationalitäten unserer großen Heimat nur bei richtiger Vertretung zumal durch die „Besten“ im besten Sinne des Wortes gewahrt werden können.

Es handelt sich um die Zukunft des ganzen Reiches und liegt zum Teil an uns, jetzt schon vorzuarbeiten, damit die Volksversammlung ihre schwere Aufgabe ruhig und ungestört bewältigen kann. Jeder ziel- und zweckbewußte Schritt bringt Klärung und harmonische Lösung der Verhältnisse, ein

Unterlassen dagegen nur höchst nachteilige Folgen.

Wenn die Heimat kein leerer Begriff ist, der darf bei dieser Arbeit nicht fehlen. Auch wir, Kolonisten, dürfen nicht zurückbleiben, das Wohl und Wehe unserer Kolonien verlangt unser tatkräftiges Eingreifen, nur eine starke Hand kann unser Schicksal in den ruhigen Hafen führen.

Alle Mann ans Werk! Je eher, desto besser; jeder Augenblick ist kostbar; die entscheidende Stunde soll uns gerüstet finden. Im großen Beratungskomitee sollen auch unsere Vertreter mannhaft für die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit streiten und nicht ruhen und müde werden, bis der Gang zum guten Ende geführt ist. J. E. m. d.

Verordnung der zeitweiligen Regierung

über die Uebergabe des Getreides an den Staat und über die örtlichen Verpflegungskomitees.

Die zeitweilige Regierung hat verfügt die Verordnung über die Uebergabe des Getreides an den Staat im ganzen Reiche zu verwirklichen mit Ausnahme von Transkaukasien und Zentralasien.

Zur Verwaltung der Verpflegungsjache werden örtliche Verpflegungskomitees gegründet nach dem viergliedrigen Wahlsystem.

Das Kreis-Verpflegungskomitee besteht aus: 1) 3 Vertretern der Gutsbesitzer, die von der Landschaft eingeladen werden. 2) 6 Vertretern der Bauern nach der Wahl der Kreisversammlung. 3) 3 Vertretern der örtlichen Genossenschafts-Anstalten (Konsumvereine, Kreditgesellschaften usw.) 4) 2 Vertretern der professionellen Arbeiterverbände oder Krankenkassen und Landarbeitern. 5) 1 Vertreter der örtl. Kaufmannschaft. 6) 3 Bert. von den örtl. Beamten der Landschaft.

Das Kreisverpflegungskomitee hat die Aufgabe: 1) Die Menge der im Kreise vorhandenen Bedarfsartikel und des Futters zu bestimmen. 2) Lebensmittel und Futter zu besorgen. 3) Das Sammeln und die Uebernahme der Bedarfsartikel zu organisieren. 4) deren Zustellung zu organisieren. 5) Die Seelenzahl der Bevölkerung, die Kopfzahl des Viehs und die Saatfläche zu ermitteln, sowie die Menge der für die Bevölkerung notwendigen Artikel und auch die Menge des Ueberschusses an diesen Artikeln festzustellen. 6) Diese Artikel laut der festgesetzten Norm unter der örtlichen Bevölkerung zu verteilen.

Die Mitglieder des Kreiskomitees wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden auf ein Jahr.

Beschwerden über den Beschluß des Kreiskomitees können im Verlaufe von 2 Wochen an das Gouvernements-Verpflegungskomitee gerichtet werden.

Zur Ausführung der Beschlüsse des Komitees und zur Erledigung der laufenden Geschäfte wird eine Verwaltung gebildet. Der Präses des Komitees ist gleichzeitig auch Präses der Verwaltung. Die Verwaltung besteht aus 2—6 Mitgliedern, welche auf

ein Jahr sowohl aus dem Bestande des Komitees als auch aus Privatpersonen gewählt werden.

Die örtl. Miliz ist verpflichtet, der Verwaltung Beistand zu erweisen.

Der Krieg.

Gartnädige Kämpfe an der ital. Front.

Rom, 10. Mai. Das italienische Hauptquartier meldet, daß am Gardajsee das feindliche Feuer weniger stark geworden sei. Im Tale von Grasnio fand in der Nacht auf den 8. Mai ein heftiger Kampf statt. Nach einem starken Feuer, das unsere Position auf dem Berge Vittolo Kolbrikon auf der Höhe 2612 vernichtete, unternahm der Feind einen heftigen Angriff, und es gelang ihm, trotz unseres Widerstandes, in einen Teil unserer Laufgräben zu gelangen. Die Ankunft unserer Verstärkung rief einen erbitterten Kampf hervor, der bis zum Mittag des 9. dauerte und zur Wiedereroberung aller unserer Positionen führte. Hunderte von Toten blieben auf dem Schlachtfelde zurück; 60 Gefangene haben wir gemacht, darunter befindet sich ein Offizier; 3 Kugelspreizen und eine Menge Kriegsmaterial haben wir erbeutet. Die Angriffe, die der Feind im Norden von St. Marko auf unsere Linie gemacht hat, sind zurückgeschlagen.

— General Radorna meldet vom 13. Mai: Der erbitterte Kampf auf dem Karso dauert fort. Gestern haben wir abermals eine starke feindliche Befestigungslinie durchbrochen, haben 3500 Gefangene gemacht und viel Kriegsmaterial erbeutet. Wir sind an verschiedenen Stellen vorgerückt. Die Gesamtzahl der Gefangenen seit dem 1. Mai beträgt 22.419, darunter 487 Offiziere.

Die russische Front.

An der Westfront und an der rumänischen Front ist gegenseitiges Gewehrfeuer.

An der kaukasischen Front haben die Türken versucht, eine von den Höhen südlich von Bano anzugreifen, wurden aber zurückgeschlagen.

— Feindliche Flieger haben auf unsere Fliegerstation südwestlich von Bujchin 12 Bomben geworfen.

Von der französischen Front wird über heftiges Kanonenfeuer berichtet.

Französische Flieger haben 3300 Kilogr. (über 200 Pud) auf feindliche Kriegslager und Fabriken geschleudert. So auch auf die Fliegerstation in Kolmar. An verschiedenen Stellen ist Feuer entstanden.

Ausland.

Deutschland.

Der „Vorwärts“ bemerkt zu der Rede des französischen Ministers Ribot, daß nach einem dreijährigen blutigen Kriege kein einziger Deutscher auch nur daran denke, den Frieden zu erkaufen um den Preis der Abtretung von Elsaß-Lothringen. Der Krieg müsse dann mindestens noch drei Jahre dauern, wenn Frankreich Deutschland dazu zwingen wollte.

— Dasselbe Blatt veröffentlicht einen Briefwechsel des alldeutschen Verbandes mit dem Reichskanzler.

Das bekannte Mitglied dieses Verbandes Gehrt hat sich namens des Verbandes mit einem Schreiben an Bethmann-Hollweg gewandt, in welchem er darauf hinweist, daß im Lande eine ängstliche Aufregung, ja Verzweiflung herrsche, und daß, wenn die Regierung die deutschen Kriegsziele einsehe, das Volk nicht anhalten, die unnütz gebrachten Opfer nicht verzeihen, und die Revolution ausbrechen werde. Das Vorgehen des hintergangenen Volkes werde mit einer Beschränkung oder Vernichtung der Monarchie endigen. Daher beschwört Gehrt im Namen des Verbandes den Reichskanzler dessen eingedenk zu sein, daß es sich um die Geschichte der Monarchie und der ganzen Staatsordnung handle.

Bethmann-Hollweg antwortete auf dieses Schreiben gereizt: Bevor nicht alle Feinde Deutschlands niedergedrungen sind, soll man nicht von unseren Kriegszielen schreiben. Der alldeutsche Verband äußert eine Kurzsichtigkeit und darf im Volke keine Unzufriedenheit säen. Der Austritt des Verbandes ist eine Beleidigung der Krone.

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu, daß somit die Alldeutschen zuerst mit der Revolution gedroht haben.

Österreich.

Am Rande.

Aus sicheren Quellen wird berichtet, daß in Oesterreich eine scharfe Krise in der Verflechtung eingetreten sei. In Wien und Budapest (Hauptstadt von Ungarn) koste eine gute Ernährung für einen Mann 100 Kronen (etwa 37 Rbl.) den Tag. In Prag (Hauptstadt von Böhmen) seien die Gasthäuser geschlossen. In andern größern Städten habe es erste Aufstände gegeben, die mit Gewalt niedergeschlagen worden seien. Bis Weihnachten werde alles Vieh aufgezehrt sein. Die Ernte werde infolge später Saat und Mangel an Arbeitspferden nichtig sein.

Inland.

Untergang von Kronsgetreide.

Vor Beginn der Schifffahrt wurden in Kojakenstadt 150.000 Pud Kronsgetreide (Weizen) in eine schadhafte 45 Faden lange Barke geladen, zur Beförderung nach Nishny. Am 15. April zerbrach die Barke während eines Sturmes oberhalb der Sphraner Brücke und die wertvolle Ladung ging zu Grunde. Von 150 tausend Pud konnten nur ungefähr 6500 Pud gerettet werden. Die Untersuchung hat erwiesen, daß nur das sträflich gleichgültige Verhalten der Administration „Galunaw u. Ko.“ an dem Unglücke schuld ist. Die Administration wußte, daß die Barke schadhafte war, denn aus derselben mußte erst Wasser ausgepumpt werden, ehe man das Getreide laden konnte.

— **Noch ein Unglücksfall.** Es stellt sich heraus, daß ein Tag vor dem Schiffsbruch von Galunows Barke, genau unter denselben Umständen eine Barke der Gesellschaft „Krestjanin“ mit beinahe ebensoviel Kronsgetreide zu Grunde gegangen ist. Ebenso wie dort ist hier das Getreide in eine alte schadhafte Barke verladen worden.

Die Vernichtung von Barnaul.

Das Barnauler Komitee meldet, daß die Hälfte der Stadt — 26 Straßen im Zentrum — vernichtet sei.

Verbrannt sind die Duma, die Eisenbahnverwaltung, die telegraphische und elektrische Station, die Militärbehörde, das Feuerwehrlager, das Bezirksgericht, alle Magazins, die Stadtpost, die Wasserleitung, 2 Banken, die Gasthäuser, das Posthaus, die Anlegestelle, die Kaserne, die Kommandantur und Warenlager der Kooperative, das Lokal der Stadt- und der Bezirksräte, drei höhere Schulen, die geistliche Schule, das Lehrerjensemar, das Lazarett, die Stadtbibliothek und die der Stadt gehörigen Mühlen und Sägemühlen.

Die Zahl der Menschenopfer die im Feuer umgekommen und im Flusse ertrunken sind, ist noch nicht festgestellt.

Bekannt ist, daß der Vorsitzende des Kreisgerichtes und ein Mitglied der Behörde zu Tode gekommen sind.

Die Bevölkerung ist ruiniert. Es ist unverzügliche Hilfe im weitesten Sinne notwendig an Lebensmitteln, an warmer Kleidung, Wäsche, Verbandmaterial; Unterstützung aus finanziellen und gesellschaftlichen Mitteln ist unbedingt nötig.

Rundgebungen gegen die Verurteilung Fr. Adlers.

In Moskau fand eine Rundgebung des Proletariats als Protest gegen die Verurteilung Friedrich Adlers statt. Die Arbeiter durchzogen in großen Massen die Hauptstraßen mit Orchestermusik und dem Gesang revolutionärer Lieder, und großen Plakaten mit folgenden Aufschriften: „Wir protestieren gegen das Urteil über Friedrich Adler“, „Proletarier aller Länder, befreit die Freiheitkämpfer aus den Gefängnissen“, „Nieder mit der Todesstrafe“, „Es lebe die Internationale“. An der Demonstration beteiligte sich das in Moskau stehende Heer. Nach dem Umzuge fanden auf verschiedenen Plätzen Versammlungen statt.

— Auch in Kostroma fand eine großartige Rundgebung statt, die zum Ziele hatte, die internationale Einigung der Arbeiter der ganzen Welt zum Ausdruck zu bringen zum Protest gegen den Urteilspruch über Fr. Adler. Am feierlichen Umzuge beteiligte sich das Militär und die Bevölkerung. Auf einer Reihe von Versammlungen wurden Reden gehalten.

— In Nishny-Nowgorod kam eine großartige Rundgebung zustande, die von dem Räte der Arbeiter und Soldaten veranstaltet war, an der sich viele Tausende beteiligten. Am Abend fanden Versammlungen statt, auf denen erklärt wurde, was für eine Bedeutung Friedrich Adler hat in der Sache der Befreiung des Proletariats von dem Druck des Absolutismus (unbeschränkter Herrschaft.)

Der Sturm auf der Wolga.

Der Sturm, der 3 Tage lang auf der Wolga wütete, hat viel Unheil angerichtet. Unterhalb Simbirsk geriet ein Passagierschiff der Gesellschaft „Samolet“ auf eine Sandbank. Die Ladung und die Menschen sind aus dem Schiffe entfernt worden. Die Versuche jedoch, das Schiff wieder flott zu machen, waren erfolglos. In der Nähe der Stadt ging eine Barke mit Zement zu Grunde.

Unterhalb Singley ist eine Barke mit Getreide gesunken, viele Schiffe sind zertrümmert. Der Schaden ist sehr groß.

Aus der Heimat.

Saratow. Drohbrieft. Das Militärkomitee, der Rat der Arbeiter- und Soldatenrepräsentanten und das Sozialrevolutionärskomitee macht bekannt: „In letzter Zeit haben einige Männer der Öffentlichkeit, die das Vertrauen der ganzen Demokratie genießen, Drohbriefe erhalten. Wir sind überzeugt, daß diese Briefe ausschließlich von verbrecherischen reaktionären Gruppen ausgehen und warnen daher, daß die Schuldigen schonungslos bestraft werden.“

— **Sollengericht über Verbrecher.** Am 13. Mai, abends, ereignete sich folgender blutige Vorfall. In die Konditorei von Wassiljowski auf der Nikolajewskaja traten drei Unbekannte ein und, mit Revolvern drohend, festhielten sie den Besitzer, seine Frau und die Wirtin. Dann forderten sie Geld. Wassiljowski zeigte ihnen, wo das Geld lag. Die Räuber nahmen das Geld an sich und wollten gerade weggehen, als unerwartet die durch jemand benachrichtigte Wirtin erschien. Die Räuber nahmen Reißaus, wurden aber von einer ungeheuren Menge verfolgt. Als man einen der Räuber einholte, fing er an zu schießen. Er gab etwa 15 Schuß ab und verwundete einen Knaben. Bald hatte die Menge zwei der Räuber ertötet, und es begann nun ein grausames Gericht. Man schlug mit Fäusten, mit Steinen, man trat mit den Füßen. Der eine wurde auf der Stelle erschlagen, der andere starb auf dem Wege zum Krankenhaus.

Auch der dritte wurde ergriffen und verprügelt, doch kam er mit dem Leben davon.

— Am Montag traten alle Kellner in den Gast-, Kaffee-, Tee- und Speisehäusern in den Aufstand (d. h. sie stellten die Arbeit ein), um eine bessere Belohnung zu erhalten.

Kojakenstadt. Wahl eines Bezirkskomitees. Am 14. Mai waren in Kojakenstadt die Bevollmächtigten derjenigen Kreise versammelt, die gegen die Wahl des Bezirkskomitees in Nowosjensk Einspruch erhoben hatten. Es wurde hier ein neues Bezirkskomitee gewählt, sodaß es im Nowosjenskischen Bezirke jetzt zwei Komitees der Volksgewalt gibt.

— Das Vollziehungskomitee in Grimm, Bez. Kamyschkin hat zur Verfügung der neuen Regierung 200 Rbl. gespendet.

— Auch die Krasnojarsker Gemeinde hat für die Armee 1000 Pud Getreide geschenkt, das auch schon abgeliefert ist.

Neu-Tarlyk (Bezirk Nowosjensk).

Freiheit.

Das Wort Freiheit klingt so schön und so süß, aber ein mancher scheint es falsch zu verstehen. Unter dem Deckmantel Freiheit glaubt man Jügellosigkeit und Unverschämtheit ausführen zu können. Man scheut sich daher nicht, die Freiheit zu benützen, um sich fremdes Eigentum anzueignen und dadurch seinem Nächsten zu schaden, ihn zu betrüben und zu kränken. Dafür mag folgender Vor-

fall dienen: Ich bestellte den Kolonisten, und zwar 18 Expl., auf meine Adresse; davon gelangten Nr. 1 und 2 in meinen Besitz.

Gestern aber erhielt ich zu meinem großen Bedauern nur 4 Expl. von Nr. 3 und 4, was bei meinen Lesern große Unzufriedenheit hervorrief; unter anderem auch gegen die Redaktion. —

Ich habe natürlich den Leuten klar gemacht, daß die Redaktion unschuldig sei, und die Schuld anderswo gesucht werden müsse.

Daher bringe ich diese Sache hier zur Kenntnis, damit die Redaktion des Kolonisten nachsuchen kann, wo eigentlich der Hund begraben liegt, und wo gehörig nachzuforschen sei, damit solche Exemplare unschädlich gemacht werden und sie dem guten Werke nicht mehr schaden können. Ich weiß, es sind von den alten „Pharaos“, aber ich hoffe, die Redaktion wird diese Schädlinge vernichten.

Schulm. J. Müller.

Bemerkung der Red. Wir haben die Sache untersucht. Die Zeitung wird, wie vorgeschrieben, unter einem Kreuzband versandt mit aufgeklebter gedruckter Adresse. Wir wollen hoffen, daß sich das Übel nicht mehr wiederholt; sollte es dennoch der Fall sein, so werden wir Schritte tun, um den Leuten, die Wein und Dein nicht auseinanderhalten können, das Handwerk zu legen.

Am Nachbarjaun.

Hanph.: Hast d' schon g'hört? Da werd jo erzählt, mr träge widder 'n „Deitsch Kontor“. Un're Bevollmächtigte ohne Vollmacht have auch schon ihr Ja un' Amen drzu gesagt.

Da wär' mr jo glücklich widder angelangt, wu un're Eltern vor 150 Jahr ware. Und da soll mich noch eener sage, die Erd' wär nich rund wie 'ne Ziwel. Bin wor jetz noch neugierig, wu mr 'n Dvrrichter herkie. Die Dsjep...
Dusch.: Hanphilipp! Hanphilipp! Ost-seeproviz!

Hanph.: Die Ostseeproviz wu die Dvrrichter friher immer uf die Post sin v'rschriewe worre, is' doch von Feind mit 'n Stacheljaun zug'macht, daß mr 'nin kann, awer nich mehr raus.

B.: Ob wir ein Zentralkomitee, oder wie du es nennst, „Deutsches Kontor“ bekommen, ist noch eine große Frage. Da muß erst mal das Volk gefragt werden, was bis jetzt noch nicht geschehen ist. Und einen Präses — oder deinem Lexikon nach — eine „Dvrrichter“ bekommen wir ohne die Ostseeproviz. Zu was haben wir denn Saratow in unserer Mitte? Dorthin sollen in das Zentralkomitee 24 Mann gewählt werden — 12 aus Saratow von ungefähr 150 Wählern und 12 aus den Kolonien von 500000 Wählern.

H. Aha, des is' porzinel gewählt, wie mr neimodisch sagt.

B.: Nein, proportional ist das nicht. Proportional war die Wahl bestimmt in die Saratower Versammlung: je 2000 Wähler konnten einen Mann wählen.

H.: Des stimmt — mr have 90 Sechziger un die have 9 Mann gewählt. Da gung's, scheint's, auch ganz natürlich; so werds beschlosse un' annerseht werds gmacht.

„Nieder mit den Sozialdemokraten!“

(6. Fortsetzung.)

Ganz heilig zwar ist der individuelle Besitz heute nicht; freilich haben die Sozialdemokraten damit nichts zu schaffen. Und wenn man auch sagen kann, daß in manchen Fällen die Aufhebung des individuellen Besitzes nützlich oder notwendig erscheint, so wären es doch nicht die Sozialdemokraten, welche Haus und Acker expropriiert, vielleicht um eine Eisenbahn oder eine Fahrstraße zu bauen! Und sicher sind es nicht die Sozialdemokraten, welche den Exekutor senden, um für rückständige Steuern oder nicht zurückgezahlte Vorschüsse für Saatgetreide irgend ein nützlichcs Pausgerät zu pfänden! Und es sind auch nicht die Sozialdemokraten, die es billigen, daß es heute möglich ist, den Besitz eines andren an sich zu ziehen, wenn man es nur versteht, das in den Formen des juristischen Rechts zu besorgen, und wäre die Sache an sich auch noch so verwerflich.

Aber eins ist es, was die Sozialdemokraten in die Schranken ruft. Sie haben nichts dagegen, wenn einer Hunderttausende oder Millionen besitzt. Diese Hunderttausende oder Millionen mag er nützlich oder unnützlich verwenden, er mag sie verprassen, verjubeln, verschenken; danach haben sie bis jetzt nicht gefragt — wiewohl es oftmals ganz in der Ordnung sein möchte, danach zu fragen. Aber jene Hunderttausende und Millionen sind auch das Mittel, ihren Besitzern neue Reichtümer zuzuführen; jene Hunderttausende und Millionen vermehren sich, sie hecken, ohne daß ihre Besitzer auch nur den Finger deswegen zu rühren brauchen; sie sind die Brücke, über welche die Erträge der Arbeit andrer, fleißiger Menschen jenen Wenigen zugetragen werden, ganz ohne deren Verdienst, nur deshalb weil sie schon reich sind. Das bezeichnet man auch so: jener Besitz wird zum Kapital. Und das ist der Punkt, um welchen der Kampf sich dreht. Die Eigenschaft des Besitzes, Kapital zu sein, sein Kapitalscharakter; die dadurch gegebene Möglichkeit, den Arbeitsertrag fleißiger Menschen denen zuzuführen, die nichts tun; die Verteilung des gemeinsamen Arbeitsertrages in der Art, wie wir es heute sehen: daß die größten Anteile denen zufallen, die nichts tun, daß aber denjenigen, welche die anhaltendste und mühsamste Arbeit verrichten, kaum die äußerste Notdurft zufällt; die traurige Lage der großen Mehrheit des Volkes und dagegen der immer mehr steigende Reichtum weniger Menschen — da liegt's! Der tote Besitz nimmt der lebendigen Arbeit ihre eigenen Früchte! Und da die Arbeit das ursprüngliche Eigentumsrecht, das sich denken läßt, an diesen ihren Früchten hat, so ist der tote Besitz ein Feind des Eigentums der lebendigen Arbeit.

So entspinnt sich der Kampf zwischen Arbeit und Kapital.

Und hier kommen wir darauf, die oben gestellte Frage: Was ist Eigentum? von einer anderen Seite zu behandeln. Wir bezeichnen oben als Eigentum das, was einer besitzt. Das aber ist einseitig. Wir müssen jetzt die Frage aufwerfen — und diese Frage ist von unendlich größerer Wichtigkeit — die Frage, wem das als Eigentum gebührt, was täglich von der arbeitenden Menschheit geschaffen wird? Heute ist es der tote Besitz, der dies zum größeren Teile an sich zieht, indem den menschlichen Arbeitsbienen — mögen sie Lohnarbeiter, Beamte, Bauern oder Handwerker sein — in ihrer überwiegenden Mehrheit nur die kleinere Hälfte der geschaffenen Werte, nur so viel gelassen wird, daß sie sich eben kümmerlich durchzuhelfen vermögen, so daß ihnen auch die entfernte Möglichkeit abgeht, an den Segnungen der Zivilisation unsres Jahrhunderts wirklichen Anteil zu nehmen. Dem toten Besitz bleibt die größere Hälfte.

Was aber gebührt dem arbeitenden Bienschwarze wohl mehr, als der Ertrag seiner eigenen Arbeit? Was berechtigt das tote Kapital, einen Teil des Ertrages der Arbeit von Handwerkern und Bauern, von Beamten und Arbeitern einzuheimsen? Woher rührt dieses Eigentumsrecht an dem Arbeitsertrage andrer Leute? Und inwiefern unterscheidet es sich denn von dem Eigentumsrecht des Sklavenhalters an der Arbeit der Sklaven, oder von dem Recht des mittelalterlichen Lehnsheerra an der Arbeit seiner Leibeigenen? In der Form wohl, sonst aber in nichts.

Die Sklaverei war ein Unrecht, die Leibeigenschaft war ein Unrecht, aber das kapitalistische Eigentumsrecht an dem Ertrage der Arbeit von andren Leuten ist auch ein Unrecht. Und so gut wie das Unrecht der Sklaverei und der Leibeigenschaft gefallen, wird auch das Unrecht des kapitalistischen Eigentumsrechtes zerfallen und an seine Stelle wird treten das natürliche und deshalb heilige Eigentumsrecht des arbeitenden Volkes am Ertrage seiner eigenen Arbeit.

Hier steht sich Kapital und Arbeit schroff gegenüber, und sie sprechen etwa so zu einander:

Das Kapital. Ich bin Dir unentbehrlich, Arbeit, und deshalb beanpruche ich den größeren Teil Deines Ertrages.

Die Arbeit. Du bist erst von mir geschaffen worden, Du bist mein eigenes Produkt. Trotzdem mögen sich diejenigen, die Dich besitzen, Deiner erfreuen. Aber wenn Du mir den Ertrag, denn ich nun hervorbringe, streitig machen willst, so denke daran, daß ich Dich ganz verlangen kann, denn ich habe Dich geschaffen. Lasse mir also, was ich Neues hervorbringe, denn das gehört mir.

(Fortsetzung folgt.)

Herausgeber: Zeitungsgesellschaft m. b. H.
Redakteur: Ad. Emich.

Nutzen.

Ein erfahrener Maschinist

✱ mit langjähriger Praxis im Motorenbau
sucht Stellung in einer Fabrik, oder dgl.
Adresse: Zousojurawka (Marien-
tal). A. O. Elis. ✱

Bekanntmachung.

Erfahrener Lehrer

Bereitet vor und repetiert in allen Fächern des Gymnasialkursums. Adresse: Katharinenstadt, gegenüber der russischen Kirche im Hause Nr. 13. B. G. Klitin.